

## „Die Solidarität mit Leben füllen“

**BZ-INTERVIEW** mit Alexander Supady über die Möglichkeiten von Kommunen, Migrationspolitik aktiv zu gestalten

FREIBURG. Am Wochenende kritisierten Demonstranten, die Stadtverwaltung betreibe in Flüchtlingsfragen lediglich „Symbolpolitik“, anstatt zu handeln. Doch welche Möglichkeiten hätte eine Stadt überhaupt? Darüber hat Manuel Fritsch mit dem Arzt Alexander Supady gesprochen, dessen Organisation „Global Initiative“ Lösungsansätze in der Migrationsfrage entwickeln will.

**BZ:** Freiburg ist dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beigetreten, kann aber gar nicht einfach so Flüchtlinge aufnehmen. Ist die Erklärung also wohlfeil?

**Supady:** Wohlfeil ist sie sicher nicht. Ich denke, dass das sehr wichtig ist: Sowohl der Beitritt zur „Sichere-Häfen“-Initiative als auch die Solidaritätsbekundung des Oberbürgermeisters Martin Horn mit den Bürgermeistern von Köln, Düsseldorf und Bonn im Jahr 2018. Die Frage ist nur, was diese Aussagen dann im nächsten Schritt bewirken und was daraus folgt.

**BZ:** Am Samstag haben Demonstranten der Seebrücke die Stadt Freiburg kritisiert. Worum ging es da?

**Supady:** Die Aufnahme von Asylbewerbern ist Aufgabe des Bundes, insbesondere des Bundesinnenministeriums. Das heißt aber nicht, dass die Kommunen keine Möglichkeiten haben, ihren Willen zu äußern. Die Städte in der „Sichere-Häfen“-Initiative unterscheiden sich teils enorm in dem, was sie bereit sind zu leisten. Was Freiburg letztlich gemacht hat, war, Solidarität mit der Initiative und der Seenotrettung zu äußern. Aber konkrete Schritte, wie die Solidarität mit Leben gefüllt werden kann, gab es bisher nicht.

**BZ:** Was könnte Freiburg da tun?

**Supady:** Freiburg hat in der Debatte nicht erklärt, mehr Geflüchtete aufnehmen zu wollen. Das wäre zwar auch nur ein Zeichen. Aber es wäre ein starkes Zeichen. Wenn Kommunen klar sagen, dass sie Flüchtlinge aufnehmen wollen, könnten der Innenminister dem folgen und sagen: „Okay, wir nehmen Leute auf und die gehen nach Köln oder nach Freiburg.“ Das ist rechtlich möglich. Die Kommunen können so den Druck auf den Minister steigern.

**BZ:** Eine Sonderregelung gab es 2015 bei den Jesidinnen. Dort ging es aber um eine Volksgruppe. Bei den Menschen auf Rettungsbooten ginge es um die Art der Einreise. Würde das nicht die Menschen motivieren, übers Mittelmeer zu kommen?

**Supady:** Das Argument kommt immer wieder. Es lässt sich aber nicht beweisen. Die meisten fliehen, weil in ihren Län-



Alexander Supady auf einer Veranstaltung im vergangenen Jahr in Freiburg

FOTO: MICHAEL BAMBERGER

dern Krieg ist oder Armut herrscht, weil sie hungern oder keine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat sehen. Wie weit eine erleichterte Einreise in andere Länder die Flucht fördert, kann niemand sagen. Man muss sich mal anschauen, welche Wege die Leute gehen. Die sind alles andere als sicher. Die Menschen werden unterwegs misshandelt, vergewaltigt, gefangen genommen. Viele Menschen sterben auf dem Weg. Da spielt die Gefährlichkeit der letzten Etappe wohl keine große Rolle mehr.

**BZ:** Und was passiert mit den Menschen, sollten sie hierherkommen?

Es geht erst einmal nur darum, die Leute aus einer Notsituation zu retten und in ein Asylverfahren zu bringen. Das heißt nicht, dass jeder, der Asyl begehrt, dieses dann auch bekommt. Die Menschen kommen hierher, stellen einen Asylantrag und der wird anschließend geprüft.

**BZ:** Sie meinen, man müsse den Menschen erst einmal ermöglichen, einen

Asylantrag zu stellen.

**Supady:** Das ist Rechtsstaatlichkeit, das ist humanitäres Völkerrecht. Diese Prüfung muss man jedem ermöglichen. Man kann nicht die Leute im Mittelmeer ertrinken lassen aus Angst, dass einige von ihnen hier bleiben.

**BZ:** Ist Freiburg überhaupt in der Lage mehr Flüchtlinge sinnvoll aufzunehmen?

**Supady:** Die Stadtgesellschaft muss sich auf ihre Ziele verständigen. Dafür braucht es Formate, die eine offene Diskussion ermöglichen. Viele Akteure in Freiburg haben schon viel geleistet. Es ist nun wichtig, diese Akteure zusammenzubringen und gemeinsam zu überlegen, wie die Aufnahme und Integration von Menschen weiter verbessert werden kann. Im Februar haben wir mit der Schöpflin Stiftung Gesine Schwan zu einer Diskussion eingeladen; ein Kernvorschlag ihres Konzeptes zur kommunalen Integration von Geflüchteten ist die Gründung von lokalen „Aufnahme- und Integrationsbeiräten“. Wir schlagen vor, so einen Beirat

mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu gründen und dort einen Austausch anzuregen: Wie können wir die Berufs- und Sprachausbildung und die Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, welchen Bedarf an Arbeitskräften haben wir in verschiedenen Branchen, können wir diesem Bedarf durch Zugewanderte begegnen, welche gelingenden Maßnahmen können wir von einem auf einen anderen Bereich übertragen? Das kostet erst einmal nicht viel. Sicher etwas Aufwand, aber das ist nichts, wofür man Gesetze ändern muss oder große Strukturen schaffen.

**Alexander Supady**, 38, ist Arzt und Co-Vorsitzender der Freiburger Denkfabrik „Global Initiative on Health, Migration and Development“ ([www.global-initiative.org](http://www.global-initiative.org)). Diese entwickelt und diskutiert Lösungen in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, Migration und Integration.

**Termin:** Am Sonntag, 14. Juli, um 20 Uhr spricht Supady im Rahmen von „Lampedusa Calling“ auf dem Kartoffelmarkt.